

IZA COMPACT

Die Zukunft der Arbeit denken

www.iza.org Dezember 2008

10 Jahre IZA – 10 Jahre unabhängige Arbeitsmarktforschung und -beratung Institut zur Zukunft der Arbeit blickt auf erfolgreiche Tätigkeit zurück

Seit mehr als zehn Jahren betreibt das gemeinnützige Institut zur Zukunft der Arbeit von seinem Sitz in Bonn aus intensive Forschungsarbeiten auf allen Gebieten der Arbeitsökonomie und engagiert sich erfolgreich in der nationalen und internationalen Politikberatung. Anlässlich des IZA-Jubiläums lud das Institut am 30. November und 1. Dezember 2008 zu einem Festakt auf den Petersberg bei Bonn und kehrte damit an den Ort seiner Auftaktkonferenz von 1998 zurück. Das Veranstaltungsprogramm umfasste unter anderem eine hochkarätige Fachtagung zu ausgewählten Themen der Arbeitsmarktforschung und ein Diskussionsforum zur Rolle der Ökonomen in der Politikberatung.

Zugleich präsentierte IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann ein umfassendes Arbeitsmarkt-programm des IZA, das vor dem Hintergrund der Finanz- und Weltwirtschaftskrise für einen klaren Reformkurs in der deutschen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik plädiert. Auf Initiative des IZA stellten führende Ökonomen in einer gemeinsamen "Petersberger Erklärung" ein Sechs-Punkte-Programm für eine "zukunftsgerichtete Arbeitsmarktpolitik" vor.

Den Abschluss der Jubiläumsveranstaltungen bildete die diesjährige Verleihung des IZA-Preises für Arbeitsökonomie an die britischen Wirtschaftswissenschaftler Lord Richard Layard und Stephen J. Nickell. Zu den Gastrednern des Tages zählten unter anderem der ehemalige tschechische Präsidentschaftskandidat Jan Svejnar, Harvard-Starökonom Richard B. Freeman, der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, sowie der Vorsitzende des Vereins für Socialpolitik, Friedrich Schneider. Rund 300 Gäste aus dem In- und Ausland waren der Einladung des IZA gefolgt.

Herausforderung für die Arbeitsökonomie

Die Jubiläumskonferenz des IZA bot eine breite Leistungsschau der Arbeitsmarktforschung. Angesichts der weltweiten Auswirkungen der Finanzmarktkrise standen nicht zuletzt deren Arbeitsmarktfolgen im Zentrum der Diskussion. David G. Blanchflower (Dartmouth College) referierte vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen als Mitglied im finanzpolitischen Beirat der Bank of England zu den Anforderungen an die Geldpo-





» In dieser Ausgabe

IZA-PREIS FÜR ARBEITSÖKONOMIE

Der diesjährige IZA Prize in Labor Economics wurde am 1. Dezember 2008 an die britischen Wirtschaftswissenschaftler Lord Richard Layard und Stephen J. Nickell verliehen.

PETERSBERGER ERKLÄRUNG

Auf Initiative des IZA wandten sich führende deutsche Ökonomen in einem gemeinsamen Aufruf an die Politik und riefen diese vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftskrise zum Kurshalten in der Arbeitsmarktpolitik auf. Seite 4

IZA-FACHTAGUNG IN BRÜSSEL

Mit einem hochrangig besetzten "Employment Seminar" in Brüssel förderte das IZA den EU-weiten Dialog zu Beschäftigungsthemen und intensivierte seine Kontakte zu europäischen Partnerinstitutionen.

DEUTSCHE TAGUNG FÜR ENTWICKLUNG

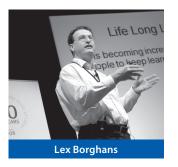
In Zusammenarbeit mit DIW Berlin, DIW DC und der Weltbank richtete das IZA erstmals eine Fachtagung zu Beschäftigung und Entwicklung in Washington aus.

ERFOLGSBILANZ: FÜNF JAHRE ICH-AG

Eine aktuelle Studie von IZA und IAB untersucht die Langzeiteffekte von Existenzgründungszuschuss ("Ich-AG") und Überbrückungsgeld. Beide Förderinstrumente erweisen sich als erstaunlich effektiv. Seite 9









litik, während Richard Freeman (Harvard University; IZA-Preisträger 2007) die beunruhigenden Zusammenhänge zwischen der "New Financial Disorder" und den künftigen weltweiten Arbeitsmarktentwicklungen beleuchtete.

Zu den weiteren Akteuren der Konferenz gehörten neben dem Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB Nürnberg), Joachim Möller, und den IZA-Forschungsdirektoren ehemaligen Gerard A. Pfann (Universität Maastricht) und Armin Falk (Universität Bonn) auch die ehemaligen IZA-Programmdirektoren Dennis J. Snower (Präsident, Institut für Weltwirtschaft/IfW Kiel), Christoph M. Schmidt (Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung/RWI Essen), Thomas K. Bauer (Ruhr-Universität Bochum; Vizepräsident RWI Essen) und Rainer Winkelmann (Universität Zürich). Die Präsentation von IZA-Preisträger Stephen J. Nickell (Nuffield College, Oxford) war der Frage gewidmet, warum die Arbeitsintensität in einzelnen Volkswirtschaften "traditionell" stärker entwickelt ist als in anderen. Der amtierende IZA-Forschungsdirektor Daniel S. Hamermesh (University of Texas, Austin) stellte Überlegungen zur zeitlichen Verteilung von Arbeitsangebot im Lebenszyklus an, Lex Borghans (Universität Maastricht) betrachtete die Kosten des lebenslangen Lernens, die IZA-Programmdirektoren Barry R. Chiswick (University of Illinois, Chicago), Pierre Cahuc (Ecole Polytechnique, Paris) und Gerard J. van den Berg (Freie Universität Amsterdam) analysierten die Benachteiligung von Zuwanderern auf dem Arbeitsmarkt, Interdependenzen von Arbeitsmarktstrukturen und gesellschaftlichen Traditionen, sowie Fragen von Alterung und Sterblichkeit.

Die parallele Tagung der IZA Policy Fellows war ganz dem Thema "Zukunft der Arbeit" gewidmet. Unter Leitung von Hilmar Schneider, IZA-Direktor Arbeitsmarktpolitik, diskutierten die Teilnehmer künftige Arbeitsmarkttrends und arbeitsorganisatorische Veränderungspotenziale. Als Gastreferent präsentierte Markus Albers, Autor des Buches "Morgen komme ich später rein – Für mehr Freiheit in der Festanstellung" Thesen zur Ablösung der klassischen Büroarbeit durch eine "menschenfreundliche, flexible und mobile Arbeitsauffassung".

Das öffentliche, von Klaus F. Zimmermann moderierte IZA-Diskussionsforum zur Rolle der Ökonomen in der Politikberatung gewann durch die negativen Entwicklungen in der Weltwirtschaft und den in der Folge massiv gewachsenen Beratungsbedarf der Politik besondere Aktualität. Jan Svejnar (University of Michigan, Ann Arbor) unterstrich in seiner Keynote die Notwendigkeit, den Erkenntnisstand der Wissenschaft zeitnah und verständlich einer stets unter zeitlichen Restriktionen nach Handlungsoptionen suchenden Politik zur Verfügung zu stellen. An der anschließenden Diskussionsrunde wirkten ferner der langjährige niederländische Fachminister Jo M.M. Ritzen (Präsident, Universität Maastricht), die Journalistin Ursula Weidenfeld (Chefredakteurin, Impulse-Magazin) sowie Lord Richard Layard und Hilmar Schneider mit. Im Diskussionsverlauf wurde insbesondere deutlich, dass die Forschung dem Bedarf nach problemorientierten Analysemodellen verstärkt nachkommen müsse. Gleichzeitig bestand Einigkeit in der Diagnose, dass die bestehenden Formen des Diskurses zwischen Wissenschaft und Politik angesichts ihrer oft ritualisierten Form auf den Prüfstand gehören.

IZA eine "ideale Forschungs- und Beratungsplattform" (F. Schneider)

Zu Beginn der eigentlichen Festveranstaltung zum IZA-Jubiläum würdigte die Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn, Bärbel Dieckmann, die "ausgezeichnete Partnerschaft" zwischen IZA und Stadt - die starke Präsenz des Instituts in der ehemaligen Bundeshauptstadt sei ein Beleg für die besondere Qualität des Wissenschaftsstandorts Bonn. Die SPD-Politikerin hob zudem den aktiven Beitrag des IZA zur Verbesserung der arbeitsmarktpolitischen Beratung hervor. Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende des Vereins für Socialpolitik, Friedrich Schneider (Universität Linz), der in seiner Ansprache neben den Verdiensten des IZA um den methodischen und Erkenntnisfortschritt der Arbeitsökonomie auch die Leistungsfähigkeit sowohl des IZA-Teams wie auch des weltweiten IZA-Netzwerks und die Serviceangebote des IZA für die internationale Wissenschaft lobte. Das IZA biete eine "ideale, unabhängige Plattform" für die Vorbereitung und Durchführung von ambitionierten Forschungsund Beratungsprojekten. Der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, verwies auf die nicht zuletzt vom IZA konstruktiv-kritisch evaluierten Reformerfolge der Bundesagentur und bezeichnete den fachlichen Austausch zwischen Agentur und IZA als Musterbeispiel für eine ertragreiche Kooperation zwischen Praxis und Wissenschaft.

In seiner Erwiderung kündigte IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann weitere Anstrengungen des IZA in der Politikberatung auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene an. Innerhalb seiner thematischen Forschungsschwerpunkte werde das Institut auch weiterhin in Kooperation













mit über 850 Research Fellows und Affiliates weltweit eine treibende Kraft in der Grundlagenforschung sein. Zimmermann dankte den zahlreichen anwesenden Wegbegleitern des IZA für die kontinuierliche Unterstützung der Arbeit des Instituts, "die wesentlich dazu beigetragen hat, dass wir heute eine führende Rolle in unserer Fachdisziplin einnehmen".

IZA-Arbeitsmarktprogramm und Petersberger Erklärung fordern Reformkurs

Der Direktor des IZA präsentierte ein umfangreiches Arbeitsmarktprogramm, das die wichtigsten Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik für die nächste Legislaturperiode und darüber hinaus benenne. Unter dem Titel "Vollbeschäftigung ist keine Utopie" enthält das Papier wichtige Handlungsempfehlungen für die künftige Arbeitsmarktpolitik und soll als Richtschnur im beginnenden Bundestagswahlkampf dienen (► IZA Compact Sonderausgabe Dezember 2008 und www.iza.org). Thematische Schwerpunkte des IZA-Programms sind unter anderem die Schaffung von Erwerbsanreizen durch das Workfare-Prinzip von Leistung und Gegenleistung im Sozialstaat, eine systematische Neuordnung der Sozialversicherung, überfällige Reformen im Bildungssektor und eine

ökonomisch orientierte Zuwanderungspolitik. Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzmarktkrise plädiert das IZA für einen klaren Reformkurs in der Arbeitsmarktpolitik. "Das IZA-Arbeitsmarktprogramm sollte Pflichtlektüre der Wahlprogramm-Strategen aller Parteien sein", betonte Zimmermann.

Auf Initiative des IZA wandten sich am Tag des IZA-Jubiläums prominente Ökonomen in einem Reformaufruf an Politik und Öffentlichkeit. Gerade im Zeichen der aktuellen Finanzmarktkrise und des wirtschaftlichen Abschwungs sei es Aufgabe der Politik, die nachweislichen Reformerfolge der jüngeren Vergangenheit nicht aufs Spiel zu setzen. Vielmehr könne eine entschlossene Fortsetzung der Reformpolitik die jetzt unvermeidbaren Rückschläge am Arbeitsmarkt begrenzen. Die "Petersberger Erklärung" der Experten (▶ www. iza.org) fordert unter anderem, die sozialen Dienste marktfähig zu machen und nicht länger fast ausschließlich auf das Ehrenamt zu setzen. Außerdem müsse der Sozialstaat stärker darauf achten, die Risikobereitschaft der Bürger zu honorieren, um Mobilität, Innovation und Wachstum zu fördern. Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehören Klaus F. Zimmermann (IZA, Universität Bonn und DIW Berlin), Michael C. Burda (Humboldt-Universität zu Berlin), Kai Konrad (Wissenschaftszentrum Berlin und Freie Universität Berlin), Friedrich Schneider (Universität Linz), Hilmar Schneider (IZA), Jürgen von Hagen (Universität Bonn) und Gert G. Wagner (DIW Berlin, Technische Universität Berlin, Universität Erfurt).

IZA Prize in Labor Economics an Richard Layard und Stephen Nickell

Mit Richard B. Freeman hielt der IZA-Preisträger des Vorjahres die Laudatio auf Lord Richard Layard und Stephen J. Nickell, die die Arbeitsmarktreformen in Großbritannien - und damit indirekt auch in Deutschland - mit ihren gemeinsamen politikorientierten Forschungsarbeiten zu den Ursachen der Massenarbeitslosigkeit im "alten" Europa maßgeblich beeinflusst haben (Preisbegründung, Seite 6). Die arbeitsmarktpolitische Debatte in Deutschland und die Reformbemühungen der jüngeren Vergangenheit gehen in beträchtlichem Ausmaß auch auf die Anstöße von Richard Layard und Stephen Nickell zurück. Die heute in vielen Staaten in Anlehnung an das britische Beispiel umgesetzten Regelungen zum "Fördern und Fordern" von Arbeitsuchenden wären ohne ihre Impulse kaum vorstellbar.

In Deutschland ist es insbesondere das IZA, das mit seinem Workfare-Konzept von Leistung und Gegenleistung in Sozialstaat und Arbeitsmarkt in der Tradition Layards und Nickells steht. Das vom IZA vertretene Reformmodell sieht vor, im Falle des Bezugs von Sozialleistungen von Erwerbsfähigen eine Gegenleistung in Form von sozial nützlicher Arbeit zu verlangen. Allein dieser Mechanismus würde nach Berechnungen des IZA einen fundamentalen Anreiz zur aktiven Beschäftigungsaufnahme hervorrufen, der bis zu 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen und zu jährlichen Einsparungen in einer Größenordnung von 25 Milliarden Euro führen würde. Zuletzt hat sich auch der wissenschaftliche Beirat des Bundesfinanzministeriums für ein solches Konzept ausgesprochen, das im Übrigen bereits Eingang in entsprechende konzeptionelle Überlegungen des Bundeswirtschaftsministeriums gefunden hat.

ngen des Bundeswirtschaftsmiss gefunden hat.

Die gemeinsamen Forschungsarbeiten von Layard und Nickell belegen darüber hinaus, dass Kündigungsschutzregelungen wenig Einfluss auf das absolute Ausmaß der Arbeitslosigkeit nehmen, jedoch die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit erhöhen. Strikter Kündigungsschutz verringert zwar den Um-











Petersberger Erklärung Anstöße für eine zukunftsgerichtete Arbeitsmarktpolitik

Der Arbeitsmarkt in Deutschland hat mit den Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre eine Vielzahl tiefgreifender Veränderungen erfahren. Mit der Abkehr von einer Politik der Prämierung von Nicht-Arbeit, mit der Liberalisierung der Zeitarbeit und einer nach Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten erfolgten Organisationsreform der Arbeitsverwaltung ist es erstmals seit drei Jahrzehnten gelungen, die Sockelarbeitslosigkeit zurück zu drängen. Begleitet wurden die Arbeitsmarktreformen von konsequenten Sanierungsmaßnahmen in den Betrieben und einer angemessenen Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften. Alles zusammen hat dazu geführt, dass die Arbeitslosigkeit um mehr als 1,5 Millionen seit 2005 gesunken und die Erwerbstätigenquote der Älteren um fast 15 Prozentpunkte auf über 50% gestiegen ist.

Gleichwohl verbleibt eine Reihe von weiterhin ungelösten Problemen, denen sich die Politik im vor uns liegenden neuen Jahrzehnt stellen muss: Auf der einen Seite hat die von den Strukturproblemen am schwersten betroffene Gruppe der Langzeitarbeitslosen von der Erholung des Arbeitsmarktes bislang nur unzureichend profitiert. Auf der anderen Seite droht sich der bereits heute spürbare Fachkräftemangel in Anbetracht des absehbaren demographischen Wandels zu einer ernsten Wachstumsbremse zu entwickeln. Und nicht zuletzt unterliegt die Politik der Gefahr, das Erreichte angesichts verbesserter Staatseinnahmen wieder aufs Spiel zu setzen, indem sie Lohnersatzleistungen erneut und vor allem zu Lasten der Sozialversicherungssysteme ausweitet. Letzteres ist insofern besonders problematisch, als die globale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen aufgrund des demographischen Wandels künftig ohnehin bereits durch steigende Beitragssätze zur Sozialversicherung strapaziert werden wird.

1 Arbeit fördern statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Ein Kernproblem des deutschen Arbeitsmarktes besteht nach wie vor in falschen Erwerbsanreizen, die durch das bestehende Steuer- und Transfersystem gesetzt werden. Sie führen dazu, dass insbesondere gering Qualifizierte zur Problemgruppe am Arbeitsmarkt geworden sind, weil sich reguläre Arbeit für sie häufig nicht lohnt. Darüber hinaus sind verheiratete Frauen überdurchschnittlich oft damit konfrontiert, dass sich ihre Erwerbstätigkeit nicht lohnt, weil die Grenzbelastung von Hinzuverdiensten extrem hoch ist, wenn man einmal von der vielfach problematischen Tätigkeit im Minijob absieht. Und schließlich bieten sich vor allem älteren Arbeitnehmern noch immer attraktive Optionen zum Ausstieg aus dem Erwerbsleben in Form von Frühverrentung. So werden wichtige Arbeitskräftepotenziale nicht genutzt bzw. fehlgeleitet und der Solidargemeinschaft gleichzeitig hohe Kosten aufgebürdet, mit der Folge, dass an anderer Stelle die Mittel für Investitionen fehlen, wenn es etwa um die Förderung von Bildung und damit die Verwirklichung von Chancengleichheit geht. Um positive Impulse für den Arbeitsmarkt zu geben, sollten die verschiedenen Formen indirekter staatlicher Unterstützung für einen dauerhaften Rückzug aus dem Erwerbsleben konsequent beseitigt werden. Ein wichtiges Element dazu ist die Umsetzung des Workfare-Prinzips in der Grundsicherung. Es bedeutet, dass die staatliche Unterstützungsleistung an eine Gegenleistung in Form von Arbeit, Weiterbildung und ähnlichem geknüpft wird. Auf diese Weise steigt für gering Qualifizierte der Anreiz, einfach entlohnte Tätigkeiten im regulären Markt anzunehmen, so dass aus Leistungsbeziehern Steuer- und Beitragszahler werden.

2 Förderung von frühkindlicher Bildung und lebenslangem Lernen

Die Bedeutung von Wissen und Bildung als zentrale Ressource für Wachstum und Wohlstand nimmt immer weiter zu. Dies gilt erst recht angesichts des bevorstehenden demographischen Wandels. Dabei ist nicht erst seit der Veröffentlichung der Ergebnisse der von der OECD durchgeführten PISA-Studie bekannt, dass das deutsche Bildungssystem auf den Prüfstand gehört. Angesichts der Internationalisierung der Arbeitsmärkte sind die deutschen Bildungsinstitutionen ins Hintertreffen geraten. Im internationalen Vergleich gering entwickelte Kinderbetreuungsangebote mit qualifiziertem pädagogischen Programm, regional stark schwankender schulischer Lernerfolg, zu lange durchschnittliche Schul-, Ausbildungs- und Studienzeiten sowie vor allem ein nach wie vor viel zu hoher Anteil Ungelernter an den Erwerbsfähigen weisen darauf hin, dass der Faktor Bildung noch nicht hinreichend als Schlüssel zum Arbeitsmarkt genutzt wird.

Zu den vordringlichen Handlungsfeldern gehört der Ausbau von Einrichtungen zur Förderung der frühkindlichen Bildung, die Erhöhung von Qualität und Chancengleichheit im Schulsystem durch eine verstärkte externe Überprüfung der Schulen, die Einführung von einheitlichen externen Prüfungen wie dem Zentralabitur, eine Verstärkung des Wettbewerbs zwischen den Schulen, eine erhöhte Selbständigkeit von Schulen, etwa in Fragen der Personalrekrutierung und der (erfolgsabhängigen) Entlohnung, ein späterer Übergang in die Sekundarstufe, eine höhere Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Bildungsstufen, Autonomie der Hochschulen bei der Festsetzung von Studiengebühren sowie die generelle Ausgestaltung des Gebührensystems in nachgelagerter Form als sogenannte Graduiertensteuer. Darüber hinaus muss dafür gesorgt werden, die Attraktivität der Weiterbildung für ältere Arbeitnehmer zu erhöhen. Ein wichtiger Beitrag dazu ist die Abkehr von der Praxis der Frühverrentung, die in der Vergangenheit dazu geführt hat, dass Investitionen in die Weiterbildung spätestens ab dem sechsten Lebensjahrzehnt kaum noch attraktiv waren.

3 Soziale Dienste marktfähig machen

Soziale Dienste werden nach wie vor zu einem beträchtlichen Anteil in ehrenamtlicher Tätigkeit, in Form von Zivildienst oder im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres geleistet. Es steht außer Frage, dass das dabei zutage tretende soziale Engagement der Beteiligten von hohem gesellschaftlichen Wert ist. Gleichwohl ist absehbar, dass die sich abzeichnenden demographischen Probleme nicht auf der Grundlage von freiwilligen Diensten allein bewältigt werden können. Viele Haushalte sehen sich bereits heute gezwungen, Pflegedienstleistungen durch illegale Arbeitskräfte aus Osteuropa erbringen zu lassen. Gerade im beschäftigungsintensiven Dienstleistungssektor, etwa bei



der Freien Wohlfahrtspflege – hier insbesondere im Gesundheitswesen und bei der Alten- und Kinderbetreuung – sind nach wie vor erhebliche marktbeschränkende Regulierungen und Monopolisierungen zu beobachten, die aufgebrochen werden müssen, um die vorhandene Beschäftigung zu legalisieren und das nicht unerhebliche Wachstumspotenzial zu erschließen. Verwerfungen gibt es zudem durch die ungleiche Konkurrenz von privatwirtschaftlichen und gemeinnützigen Trägern. In vielen Bereichen der sozialen Dienste muss das Gemeinnützigkeitsprivileg auf den Prüfstand. Darüber hinaus sprechen auch Fairnessgründe dafür, die Tätigkeit in sozialen Diensten grundsätzlich marktfähig zu machen.

Die Kaufkraft auf Märkten für soziale Dienste kann durch "Gutscheine" nicht nur sichergestellt, sondern verteilungspolitisch befriedigender als bisher ausgestaltet werden. Öffentlich geförderte Dienstleistungsagenturen könnten überdies einen wichtigen Beitrag zur Organisation des Marktes leisten.

4 Zuwanderung stärker an wirtschaftlichen Interessen Deutschlands ausrichten

Mit der Implementierung des Zuwanderungs- und Integrationsgesetzes im Jahr 2005 hat Deutschland zuwanderungspolitisch wichtige Fortschritte erzielt und die Basis für eine ökonomisch motivierte Steuerung der Zuwanderung geschaffen. Zugleich dokumentiert die "Bluecard"-Initiative der EU einen entsprechenden Bewusstseinswandel auf europäischer Ebene. Zunehmend setzt sich die Erkenntnis durch, dass eine gesteuerte Zuwanderung positive gesamtwirtschaftliche Effekte erzeugt und insbesondere die Zulassung hochqualifizierter ausländischer Fachkräfte auf dem deutschen und europäischen Arbeitsmarkt von großer Bedeutung ist. Allerdings trägt auch die aktuelle Fassung des deutschen Zuwanderungsgesetzes dem einsetzenden Fachkräftemangel sowie den demographischen Veränderungsprozessen nur eingeschränkt Rechnung.

Erst mit der Schaffung eines kombinierten Punkte- und Quotensystems kann die Ausschöpfung der positiven ökonomischen Wirkungen von dauerhafter Zuwanderung in vollem Umfang gelingen. Die Hochschulen sollten insgesamt stärker für ausländische Bewerber geöffnet und der Arbeitsmarktzugang von Absolventen weiter entbürokratisiert werden. Mit attraktiven Studienprogrammen lassen sich zukünftige Fachkräfte aus dem Ausland erfolgreich anwerben und integrieren.

5 Trennung von Umverteilung und Sozialversicherung im Steuer- und Transfersystem

Was die Kapitalbesteuerung anbelangt, hat das zurückliegende Jahrzehnt deutliche Fortschritte erbracht, die Deutschland als Investitionsstandort wieder attraktiv gemacht haben. Gleichwohl hat die Systematik der Besteuerung dadurch gelitten. Die Unternehmens- und Kapitalbesteuerung bleibt weiterhin auf der Agenda. Weitaus größerer Handlungsbedarf besteht jedoch im Hinblick auf die Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit. Die Beitragssätze zur Sozialversicherung sind de facto angestiegen, wenn man die Zuzahlungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung berücksichtigt. Die demographische Entwicklung führt in den kommenden Jahren dazu, dass weitere Belastungen auf die gesetzlichen Sozialversicherungen zukommen werden. Einer zurückgehenden Zahl von Beitragszahlern wird eine wachsende Zahl von Leistungsberechtigten gegen-

übertreten. Der drohende Anstieg der Beitragssätze und die hiermit verbundenen negativen Arbeitsanreize könnten die demographisch bedingte Arbeitskräftelücke noch vergrößern. Ein wichtiger Schritt zur Lösung besteht in einer konsequenten Befreiung der Sozialversicherung von Umverteilungsaufgaben. Versicherungsfremde Leistungen sollten in erster Linie über Steuern finanziert werden.

Im Interesse der Beschäftigung von niedrig Qualifizierten ist eine Besteuerung des Verbrauchs einer Besteuerung der Produktionsfaktoren und der Erhebung von Sozialversicherungsbeiträgen vorzuziehen. Die damit verbundene Senkung der Arbeitskosten stellt überdies einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der Schwarzarbeit dar. Die Umverteilungsaufgabe sollte durch direkte Transfers gelöst werden.

6 Soziale Sicherung ermöglicht Risikobereitschaft

Der deutsche Wohlfahrtsstaat ist an seine Grenzen gestoßen. Es hat sich als Illusion erwiesen, den Herausforderungen einer zunehmend global vernetzten Welt mit der Prämierung des Erwerbsausstiegs begegnen zu können. Der moderne Sozialstaat sollte seine Mitglieder dabei unterstützen, im Strukturwandel aktiv bestehen zu können. Er kann ihnen nicht sämtliche Risiken abnehmen. Im Gegenteil: Er braucht risikobereite Menschen, denn Risikobereitschaft ist die Voraussetzung für individuelle Mobilität, Innovationen und Wachstum. Soziale Sicherung ist auch weiterhin notwendig, aber sie darf nicht zum Ersatz für den Ertrag werden, der mit der Übernahme von Risiken verbunden ist. Ohne die Absicherung gegen gewisse Lebensrisiken unterbleiben gesamtwirtschaftlich sinnvolle, aber individuell riskante bzw. unsichere Investitionen, z.B. in Humankapital. Erst eine Versicherung für den Fall des Scheiterns führt dazu, dass Menschen, die in der Regel eher risikoscheu sind, das Risiko der Investition auf sich nehmen. Es kommt deshalb darauf an, innerhalb des Wohlfahrtsstaates nicht nur passive, sondern vor allem aktive Anreize zur Übernahme von Risiken zu verstärken.

Petersberg bei Bonn, 1. Dezember 2008

Klaus F. Zimmermann

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Michael C. Burda

Humboldt-Universität zu Berlin

Kai A. Konrad

Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) Freie Universität Berlin

Friedrich Schneider

Johannes-Kepler-Universität Linz

Hilmar Schneider

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)

Jürgen von Hagen

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Gert G. Wagner

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) Technische Universität Berlin Max-Weber-Kolleg, Universität Erfurt

Preisbegründung des IZA-Preiskomitees

Der IZA Prize in Labor Economics 2008 wird an die beiden englischen Arbeitsmarktökonomen Richard Layard (emeritierter Professor der London School of Economics) und Stephen Nickell (Nuffield College, Universität Oxford) für ihre herausragenden Forschungsarbeiten zur Wirkung von Arbeitsmarktinstitutionen verliehen. Layard und Nickell sind Pioniere auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Analyse der Ursachen anhaltend hoher Arbeitslosigkeit. Ihre gemeinsamen Studien haben erheblich zum besseren Verständnis insbesondere der europäischen Arbeitsmärkte und der auf ihnen gegebenen Reformnotwendigkeiten beigetragen. Die arbeitsmarktpolitische Debatte und die Reformbemühungen der jüngeren Vergangenheit gehen in beträchtlichem Ausmaß auf die Impulse der Preisträger zurück.

Bereits in den 1980er Jahren betonten Layard und Nickell in ihren Forschungsarbeiten, dass ein umfassendes Verständnis der Wirkungsweise von Arbeitsmarktinstitutionen notwendig ist, um Arbeitslosigkeit effektiv zu bekämpfen. Ihre Studien zeigen, dass eine langfristige und bedingungslose Gewährung von Arbeitslosenunterstützung zu einem deutlichen Anstieg von Arbeitslosigkeit führen kann. Ein großzügiges Niveau sozialstaatlicher Transfers hat jedoch keinen negativen Einfluss, wenn diese nur für relativ kurze Dauer gewährt werden und arbeitsfähige Arbeitslose gleichzeitig dazu angehalten werden, aktiv nach Arbeit zu suchen und verfügbare Stellen anzunehmen. Ebenso zeigen die Arbeiten von Layard und Nickell, dass Kündigungsschutzregelungen wenig Einfluss auf das absolute Ausmaß der Arbeitslosigkeit haben, jedoch die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit erhöhen. Strikter Kündigungsschutz verringert das Ausmaß kurzfristiger Arbeitslosigkeit, allerdings zulasten einer erhöhten Zahl von Langzeitarbeitslosen. Auch zum Einfluss von Gewerkschaftsmacht legten Layard und Nickell wegweisende Arbeiten vor. So zeigten ihre Studien, dass ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad nicht zwingend zu erhöhter Arbeitslosigkeit führen muss, solange in Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden ein hohes Maß an Koordination herrscht. Die Forschungsarbeiten von Richard Layard und Stephen Nickell haben somit deutlich gemacht, dass die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in den westeuropäischen Staaten vor allem eine Folge der Wechselwirkung der verschiedenen Arbeitsmarktinstitutionen ist.

Stephen Nickell hat sowohl zahlreiche theoretische Modelle zur Analyse von Arbeitslosigkeit erarbeitet als auch die statistischen Methoden mitentwickelt, um beispielsweise Einflussfaktoren der Arbeitslosigkeitsdauer oder die Effekte sozialstaatlicher Transfersysteme empirisch zu erforschen. Darüber hinaus hat Nickell wichtige Beiträge zur Erforschung von Arbeitsangebot und -nachfrage, Mechanismen der Lohnfindung sowie zum Zusammenhang von Marktmacht und Produktivität geliefert. Als einer der ersten Ökonomen zeigte er systematisch, dass verstärkter Wettbewerb nicht nur die Produktpreise senken kann, sondern darüber hinaus das Produktivitätswachstum fördert.

Richard Layard veröffentlichte im Verlauf seiner wissenschaftlichen Laufbahn zahlreiche fundamentale Forschungsbeiträge zu Themen wie Bildung, Einkommensungleichheit und Arbeitslosigkeit. Neben seiner wissenschaftlichen Exzellenz ist zudem die unmittelbare Praxisnähe und Politikorientierung seines Schaffens hervorzuheben. Schon früh befürwortete Layard das Konzept eines auf den Prinzipien von Fordern und Fördern, Leistung und Gegenleistung basierenden Sozialstaats. In der

Amtszeit der Regierung Blair war er beratend an der Umsetzung eines solchen Systems zur Bekämpfung von Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit beteiligt und hat die erfolgreichen "New Deal"-Reformen wesentlich mitgeprägt. Indirekt hat Layard damit auch die deutschen Arbeitsmarktreformen beeinflusst. Die Richtigkeit seines Konzepts lässt sich sowohl an der britischen wie auch der deutschen Arbeitsmarktentwicklung ablesen. In seiner jüngeren Forschung beschäftigt sich Layard vor allem mit der Analyse des individuellen Wohlbefindens. Ausgehend von der Erkenntnis, dass die persönliche Lebenszufriedenheit von sozialen Vergleichen abhängt, etwa vom Vergleich des Einkommens unter Arbeitskollegen, hat Layard alternative Formen der optimalen Besteuerung von Arbeitseinkommen und Konsum entwickelt.

Lord Richard Layard ist Emeritus der London School of Economics sowie Direktor des Forschungsprogramms "Wellbeing Research" am dortigen Centre for Economic Performance (CEP). Als dessen Gründungsdirektor hat er die Entwicklung dieser Forschungsgruppe zu einem der führenden europäischen Think Tanks mitgestaltet. Seit dem Jahr 2000 ist er als "Baron Layard of Highgate in the London Borough of Haringey" Mitglied des Oberhauses des Britischen Parlaments. Bereits in den 1960er Jahren wirkte er als Senior Research Officer für das "Robins Committee on Higher Education" daran mit, das britische Bildungswesen zu reformieren. Layard war darüber hinaus ökonomischer Berater für zahlreiche Regierungsinstitutionen wie beispielsweise die russische Staatsregierung oder die britischen Ministerien für Bildung und Finanzen. Von 1997 bis 2001 war er als ökonomischer Berater für die Regierung Blair tätig.

Stephen Nickell ist seit 2006 Warden des Nuffield College an der Universität Oxford. Zuvor war er unter anderem langjähriges Mitglied des finanzpolitischen Ausschusses der Bank of England, Professor an der London School of Economics, ehemaliger Präsident der Royal Economic Society sowie Herausgeber der einflussreichen Fachzeitschriften Review of Economic Studies und Oxford Bulletin of Economics and Statistics. Er ist Ehrenmitglied der American Economic Association und der American Academy of Arts and Sciences. Im Jahr 2007 wurde er von der britischen Königin mit dem Orden "Commander of the Most Excellent Order of the British Empire" ausgezeichnet.

Der IZA Prize in Labor Economics 2008 würdigt das in hohem Maße politikrelevante Schaffen zweier europäischer Wissenschaftler, die durch ihre Forschungsleistungen einen eindrucksvollen Beweis für die Praxisnähe der Arbeitsmarktforschung erbracht haben.

George A. Akerlof

University of California, Berkeley; IZA

Richard Portes

London Business School; CEPR

Dennis J. Snower

Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel); IZA

Jan Svejnar

University of Michigan; IZA

Klaus F. Zimmermann

Universität Bonn; IZA



fang kurzfristiger Arbeitslosigkeit, dies geht allerdings zu Lasten einer erhöhten Zahl von Langzeitarbeitslosen.

Auch zum Einfluss von Gewerkschaftsmacht legten Layard und Nickell wegweisende Arbeiten vor. So ergaben ihre Studien, dass ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad nicht zwin-

gend zu erhöhter Arbeitslosigkeit führen muss, solange in Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden ein hohes Maß an Koordination herrscht.

"Mehr denn je braucht die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik angesichts der heranziehenden Weltwirtschaftskrise eine kritische Begleitung durch die unabhängige Forschung. Das IZA wird sich auch in Zukunft ganz in den Dienst von exzellenter Grundlagenforschung und Beratung stellen", kündigte Klaus F. Zimmermann zum Abschluss des Festakts aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des Instituts zur Zukunft der Arbeit an.

IZA fördert europäischen Dialog zu Beschäftigungsthemen Hochkarätige Fachtagung in Brüssel

Im Rahmen der Aktivitäten zu seinem 10-jährigen Bestehen richtete das IZA vom 27.-28. November 2008 ein hochrangig besetztes "Employment Seminar" in Brüssel aus. Mit dieser Initiative will das IZA nicht nur seine Kontakte zu europäischen Partnerinstitutionen intensivieren, sondern auch den fachlichen Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis auf europäischer Ebene fördern. Organisiert wurde die Veranstaltung von IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann und dem Stellvertretenden Direktor für Arbeitsmarktpolitik des IZA, Werner Eichhorst, mit finanzieller Unterstützung durch die Fritz-Thyssen-Stiftung. Vor dem Hintergrund der Lissabon-Strategie diskutierten rund vierzig renommierte Experten aus Wissenschaft, Politik, EU-Institutionen und internationalen

Organisationen die Auswirkungen aktueller Arbeitsmarktentwicklungen auf Beschäftigung und soziale Ungleichheit.

Zunächst lieferte Werner Eichhorst einen allgemeinen Überblick über Beschäftigungsquoten, flexible Arbeitsformen (wie befristete Arbeitsverträge, Zeitarbeit oder Teilzeit) sowie Lohnverteilung und Armut. Inwieweit Globalisierung und technologischer Wandel

zur Erklärung von Ungleichheiten herangezogen werden können, analysierte Raymond Torres (International Institute for Labour Studies, ILO). IZA-Programmdirektor Pierre Cahuc (Ecole Polytechnique und IZA) untersuchte die Deregulierung flexibler Beschäftigungsverhältnisse im Mittelmeerraum und Kontinentaleuropa, während Torben M. Andersen (Universität Aarhus und IZA) zu Aktivierungsmaßnahmen und Klaus F. Zimmermann zum Thema Migration referierten.

Das Programm des zweiten Tages beinhaltete eine Keynote von *Daniel Gros* (CEPS) zur Rolle von Bildung und Qualifikation für die

europäischen Arbeitsmärkte. Im Anschluss daran boten vier Podiumsdiskussionen Gelegenheit zur Erörterung geeigneter Politikmaßnahmen für mehr Beschäftigung und weniger Ungleichheit, darunter a) auf langfristig stabile Beschäftigung ausgerichtete Aktivierungsmaßnahmen, b) verstärkte und auf Chancengleichheit ausgerichtete Anstrengungen bei Aus- und Weiterbildung, c) neue Kombinationen aus Flexibilität und sozialer Sicherheit unter dem Stichwort "Flexicurity", sowie d) eine allgemeine Diskussion zur Rolle nationaler und europäischer Politik. Zu den Diskussionsteilnehmern zählten Daniel Finn (University of Portsmouth), John P. Martin (OECD und IZA), Peter Auer (ILO), Niels Ploug (Statistics Denmark), Paolo Sestito (Bank of Italy), André Sapir (Bruegel und ULB), Bob

A. Sapir, J. Leschke, W. Eichhorst, N. van der Pas, J. Hurley

Gregory (Australian National University und IZA), Wiemer Salverda (Amsterdam Institute for Advanced Labor Studies), Jules Theeuwes (SEO Economic Research), Janine Leschke (European Trade Union Institute), John Hurley (European Foundation for the Improvement of Working and Living Conditions) sowie Lucie Davoine, Robert Strauss und Nikolaus van der Pas von der Europäischen Kommission.

Eine wichtige Erkenntnis der Tagung war die Feststellung, dass ein dynamisches ökonomisches Umfeld nicht notwendigerweise zu größerer Ungleichheit führen muss, sondern dass die zu beobachtende Ungleichheit wei-

terhin starkvon Land zu Land variiert. So geht beispielsweise in Dänemark, Schweden oder auch den Niederlanden ein hohes Maß an ökonomischer Effizienz mit vergleichsweise geringer Lohnungleichheit und Armut einher. Vergleichende Analysen belegen, dass die jeweiligen Institutionen des Arbeitsmarkts und des Wohlfahrtsstaates einen großen Einfluss auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und den sozialen Zusammenhalt haben, dass jedoch das Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft im Laufe der Zeit Veränderungen unterworfen ist. Durch gezielte sozialpolitische Maßnahmen können daher mehr und zugleich bessere Jobs geschaffen werden. Aktivierung darf nicht nur für den schnellen (Wieder-)Eintritt in den Arbeitsmarkt sorgen, sondern muss auch eine stabile Arbeits-

marktbindung und die individuellen Aufstiegsmöglichkeiten im Blick behalten. Chancengleichheit in der Bildung, insbesondere auch im Hinblick auf lebenslanges Lernen, ist eine zentrale Voraussetzung zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit. Im Rahmen eines Flexicurity-Modells es den Wechsel zwischen verschiedenen Jobs zu erleichtern, damit Qualität und Quantität neu geschaffener Arbeitsplätze

gleichermaßen gesteigert werden können. Wie die Tagung verdeutlichte, sind dazu insbesondere effiziente öffentliche Dienstleistungen in den Bereichen Aktivierung, Bildung und Weiterbildung erforderlich. Durch entsprechende Zielvorgaben und die Förderung des Austausches unter den Mitgliedsstaaten kann die EU nationale Reformen auf diesem Gebiet wirksam unterstützen.

Dem ersten "IZA Employment Seminar" werden sich weitere Tagungen zu europäischen Themen sowie die Gründung eines internationalen Expertennetzwerks für Arbeitsmarktpolitik anschließen.



Deutsche Tagung für Entwicklung in Washington

Zu den Aktivitäten des IZA anlässlich seines 10-jährigen Bestehens gehörte auch die Durchführung einer Fachtagung zu Beschäftigung und Entwicklung in Washington, D.C. am 3. Dezember 2008, an der neben dem IZA das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), DIW DC und die Weltbank beteiligt waren. Gegenstand von Präsentationen und Diskussion waren unter anderem der Lehrermangel in Afrika, die Auswirkungen von Bürgerkrieg auf die gesellschaftliche Ungleichheit sowie die Effekte von Einkommenszuwächsen auf die Schulbildung und Kriminalität von Kindern. Mit der Veranstaltung präsentierte sich der von Weltbank und IZA geschaffene Forschungs- und Beratungsschwerpunkt zu den Handlungsfeldern einer ökonomisch orientierten Entwicklungszusammenarbeit erstmals einem Fachpublikum in der US-Hauptstadt.

Zu Beginn der Tagung führten Michael Hofmann (Exekutivdirektor Deutschland, Welt-

bank) und IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann in die Thematik ein. Der für den Forschungsschwerpunkt verantwortliche IZA-Programmdirektor Markus Frölich präsentierte aktuelle Forschungsergebnisse zu den Folgen von Lehrermangel und Lehrergehältern auf die Bildungschancen in Mali, Niger und Togo. Insbesondere in vielen westafrikanischen Staaten haben in der jüngeren Vergangenheit zu hohe Lehrergehälter die flächendeckende Einstellung von Lehrkräften verhindert. Frölich analysierte die Auswirkungen von inzwischen vorgenommenen Reformen, die sich in Form von befristeten Arbeitsverträgen, geringeren Einstiegsgehältern und niedrigereren Qualifikationsvoraussetzungen ausdrücken. Randall Akee (IZA) studierte anhand eines ergiebigen Datensatzes aus einem amerikanischen Indianerreservat, in dem die Eröffnung eines Casinos zur Verbesserung der Lebensbedingungen geführt hat, die Auswirkungen veränderter elterlicher Einkommensverhältnisse auf Schulerfolg und Kriminalität von

Kindern. Den Untersuchungen von *Tilman Brück* (DIW Berlin und IZA) zufolge wirken sich Bürgerkriege auch noch Jahre nach Beendigung des Konflikts massiv in Form von sozialer Ungleichheit aus – ein Umstand, der verstärkte Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft im Rahmen von Wiederaufbauprogrammen erfordert. Ergänzend hierzu stellte *Joppe de Ree* (DIW Berlin) eine Untersuchung vor, die für Afrika ein erhebliches Risiko einer grenzüberschreitenden Ausweitung von Bürgerkriegen und ihren sozialen Folgen sieht.

Dank der Aktivitäten des IZA und seiner Partner auf diesem Gebiet ist inzwischen eine Zunahme von insbesondere politikorientierten Forschungsarbeiten zum Themengebiet von Beschäftigung und Entwicklung zu verzeichnen. Die Deutsche Tagung für Entwicklung soll künftig jährlich in Washington stattfinden, um die transatlantische Forschungskooperation weiter voranzutreiben.

Metropolis 2008 in Bonn: IZA unterstützt weltgrößte Migrationstagung

Das IZA beteiligte sich mit mehreren Veranstaltungen an der diesjährigen Metropolis-Konferenz, der weltgrößten Fachkonferenz zu Fragen von Zuwanderung und Integration, die vom 27.–31. Oktober 2008 erstmals in Deutschland stattfand. Organisator der Konferenz war das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Unter dem Titel "Mobility, Integration and Development in a Globalised World" widmete sich die Konferenz einem breiten Themenspektrum aktueller Migrationsfragen.

Das IZA war an einer Plenary Session zu "Circular and Temporary Migration" beteiligt und thematisierte damit eine migrationspolitische Fragestellung von immer größerer Bedeutung. Zirkuläre und zeitlich befristete Migration stellen eine besondere Herausforderung für die Integrationspolitik dar, bieten aber zugleich in ökonomischer Perspektive erweiterte Möglichkeiten zur Flexibilisierung von Arbeitsmärkten. Das von IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann moderierte Diskussionsforum erörterte die Gestaltungsmöglichkeiten dieser Zuwanderungsformen. Dabei ging es unter anderem um die Frage, ob und wie temporäre Migration sinnvoll zu regeln sei. Darüber hinaus wurde die Integration der temporären Migranten (und ihre Reintegration nach Rückkehr ins Heimatland), das Problem des "Brain Drain" sowie die demographischen Auswirkungen auf die betroffenen Staaten diskutiert. Teilnehmer waren Philippe Fargues (Euro-Mediterranean Consortium for Applied Research on International Migration, Italien), Modibo Keita (Sciences Sociales pour le Développement, Mali), Pawel Kaczmarczyk (Strategischer Berater des polnischen Premierministers) und Jacques Poot (University of Waikato, Neuseeland).

Ein von Klaus F. Zimmermann und Amelie F. Constant (DIW DC und IZA) organisierter Metropolis-Workshop versammelte einige weltweit führende Experten auf dem Gebiet der ethnischen Identität und Diversität. Vor dem Hintergrund der Globalisierung erörterten die Teilnehmer vier mögliche Entwicklungen ethnischer Identität im Gastland: Assimilierung, Integration, Marginalisierung und Separation. Einigkeit bestand darüber, dass Erfahrungen mit der Gesellschaft des Gastlandes, soziokulturelle Anpassung sowie Sprachkenntnisse sich positiv auf die Integrationschancen auswir-

ken, während eine vollständige Assimilierung nicht notwendigerweise eine erfolgreiche Strategie darstellt.

Die Benachteiligung von Roma und russischsprachigen Minderheiten in Osteuropa war das Kernthema des von *Martin Kahanec* (IZA) organisierten Metropolis-Workshops "Ethnic Divide in Eastern Europe". Am Beispiel der gravierenden Integrationsprobleme dieser Minderheitengruppen in den baltischen Staaten und der prekären Lage der Roma in der Tschechischen Republik und Ungarn wurde die nach wie vor erhebliche Diskriminierung deutlich, unter der die Minderheiten in Osteuropa durchweg zu leiden haben.

Mit seiner Beteiligung an Metropolis 2008 akzentuierte das IZA einmal mehr seine starke Präsenz in der internationalen Migrationsforschung.



Existenzgründungsförderung für Arbeitslose: Positive Bilanz nach fünf Jahren

Die Ich-AG (Existenzgründungszuschuss) war eines der zentralen Instrumente, das im Rahmen der "Hartz-Reformen" in den arbeitsmarktpolitischen Kanon aufgenommen wurde. Zusammen mit dem bereits länger bestehenden Überbrückungsgeld wurden damit zwischen 2003 und 2006 mehr als eine Million vormals Arbeitsloser bei der Gründung eines Unternehmens gefördert. In früheren Studien, die sich vor allem mit der kurzfristigen Wirkung der Instrumente befassten, zeigte sich bereits, dass sich beide Programme ergänzten, indem sie unterschiedliche Personengruppen zur Existenzgründung aktivierten. In den kurzbis mittelfristigen Analysen im Rahmen der "Hartz-Evaluationen" wurden beide Programme ebenfalls positiv bewertet. Bislang unerforscht waren allerdings deren langfristige Wirkungen.

Eine aktuelle Studie der IZA-Forscher Marco Caliendo und Steffen Künn, die in Zusammenarbeit mit Frank Wießner vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) entstand, schließt diese Lücke und gibt Aufschluss über den Erfolg von geförderten

Existenzgründern fünf Jahre nach der Gründung. Dazu wurden rund 2.800 ehemals arbeitslose Existenzgründer etwa fünf Jahre nach Beginn ihrer Selbständigkeit befragt. Neben ihrem aktuellen Erwerbsstatus wurden die Personen nach weiteren Merkmalen wie Einkommen, aber auch der Anzahl der Mitarbeiter und nach Zukunftsaussichten befragt. Als Kontrollgruppe wurde eine Gruppe von nicht-geförderten Arbeitslosen herangezogen und über den gleichen Zeitraum hinweg befragt. Es zeigt sich, dass zu diesem Zeitpunkt noch nahezu 60% der ehemaligen Ich-AG-Gründer und fast 70% der mit Überbrückungsgeld Geförderten selbständig tätig sind. Hinsichtlich der Integration in den ersten Arbeitsmarkt können beide

Programme als effektiv angesehen werden: Die Teilnehmer weisen höhere Beschäftigungsquoten als eine Kontrollgruppe von nicht-geförderten Arbeitslosen auf und erzielen höhere Einkommen. Die induzierten Beschäftigungseffekte sind für das Überbrückungsgeld relativ hoch; auf 100.000 Förderungen entfallen knapp 80.000 zusätzliche vollzeitäquivalente Arbeitsplätze.

Vordem Hintergrund dieser Ergebnisse ist die Motivation für die zum August 2006 erfolgte Zusammenlegung von Überbrückungsgeld und Existenzgründungszuschuss zu einem neuen "Gründungszuschuss" kritisch zu hinterfragen. Im Vergleich zu anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind die berichteten Effekte beider Programme sehr gut; ähnlich hohe Effekte werden mit anderen Maßnahmen kaum erreicht. Es wird auch deutlich, dass ein hinreichend langer Beobachtungszeitraum und eine sorgfältige Evaluation zur Durchführung evidenz-basierter Politik unabdingbar sind.



Neues IZA-Buch: Aktivierende Arbeitsmarktpolitik in Europa und den USA

Die Arbeitsmarktpolitik vieler europäischer Staaten hat in den letzten Jahren erhebliche Veränderungen erfahren. Traditionelle wohlfahrtsstaatliche Mechanismen und etablierte Strukturen der Arbeitsvermittlung und Arbeitsmarktpolitik wurden sukzessive durch Aktivierungsstrategien abgelöst, die die Gewährung sozialer Transferleistungen stärker von der Bereitschaft zur Übernahme von Arbeitsplatzangeboten oder der Teilnahme an Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung abhängig gemacht haben. Dieser einsetzende Paradigmenwechsel fand in den europäischen Staaten allerdings sehr unterschiedliche Ausprägun-

gen. Ein neues Buch liefert eine umfassende Darstellung der Aktivierungsstrategien in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Schweden, den Niederlanden und der Schweiz und kontrastiert diese eu-

ropäischen Strategien mit der Entwicklung in den USA. Der interdisziplinär konzipierte Band bietet erstmals einen Überblick über die sozio-ökonomischen und sozialrechtlichen Dimensionen dieses für die weitere Entwicklung der europäischen Sozialstaaten zentralen Themas. Herausgeber des Bandes

sind Werner Eichhorst (IZA), Otto Kaufmann (Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht, München) und Regina Konle-Seidl (Institut für Arbeitsmarkt-und Berufsforschung, Nürnberg).

Werner Eichhorst
Otto Kaufmann
Regina Konle-Seidl (Eds.)
Bringing the Jobless into Work?

Experiences with Activation Schemes in Europe and the US

Berlin et al. 2008 ISBN 978-3-540-77434-1



Aktueller Band erschienen: Research in Labor Economics 2008

Seit 2006 engagiert sich das IZA bei der inhaltlichen Zusammenstellung der renommierten Publikationsreihe Research in Labor Economics. Der aktuelle, von *Solomon*

AUDINION IN LABOR ECONOMICS

WHORK, EARNESTED, OFFIER AMPETS
OF THE EMPLOYMENT BELLETING
WHORK MANUAL AND AMPETS
OF THE EMPLOYMENT BELLETING
WHORK MANUAL AND AMPETS
OF THE EMPLOYMENT BELLETING
AMPETS AND AM

Solomon Polachek Konstantinos Tatsiramos (Eds.)

Work, Earnings and Other Aspects of the Employment Relation

Research in Labor Economics, Vol. 28 (2008)

Bingley 2008 ISBN 978-0-7623-1397-6 W. Polachek (State University of New York at Binghamton; IZA) und Konstantinos Tatsiramos (IZA) herausgegebene Band enthält zahlreiche Studien zum Verhältnis zwischen

Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf den internationalen Arbeitsmärkten. Die einzelnen Kapitel greifen auf Daten aus den USA, Europa, Asien und dem Nahen Osten zurück, um unter anderem den folgenden Fragen nachzugehen: Warum hat der Anteil an Teilzeitarbeit in den EU-15 so deutlich

zugenommen? Wie wird sich das Verrentungsverhalten im Zuge verschiedener Gesetzesreformen ändern? Warum ziehen viele Unternehmen befristete Verträge einer Langzeitbeschäftigung vor? Warum wählen sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer häufig außertarifliche Vergünstigungen statt Lohnerhöhungen? Wie beeinflusst das soziale Umfeld die Arbeitsmoral? Mit diesem spannenden Themenfokus richtet sich die aktuelle Ausgabe nicht nur an einen rein wissenschaftlichen Leserkreis, sondern auch an Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft.

IZA-Programmdirektor Armin Falk erhält hochdotierten Leibniz-Preis

Für seine herausragenden Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Verhaltensökonomie erhält IZA-Programmdirektor Armin Falk den mit 2,5 Millionen Euro dotierten Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Mit dieser Entscheidung unterstreicht die DFG den großen Stellenwert dieser Teildisziplin der Arbeitsökonomie, die am IZA in einem eigenständigen, von Falk geleiteten Forschungsbereich organisiert ist. "Das IZA gratuliert Armin Falk herzlich zu dieser großen Ehre, die ihn zu weiteren Spitzenleistungen führen wird. Er hat einen kaum hoch genug einzuschätzenden Anteil daran, dass wir heute aus den Erkenntnissen der Verhaltensökonomie wichtige Rückschlüsse für die Gestaltung von Arbeitsmarktpolitik und betrieblicher Personalplanung ableiten können", so IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann*

Armin Falk ist ordentlicher Professor an der Universität Bonn und leitet dort das von Nobelpreisträger Reinhard Selten gegründete Labor für Experimentelle Wirtschaftsforschung. Gleichzeitig ist er dem IZA, dessen Forschungsdirektor er von 2003 bis 2007 war, als Koordinator des Forschungsschwerpunkts Verhaltens- und Personalökonomie eng verbunden. Bereits im September erhielt Falk den Gossen-Preis



des Vereins für Socialpolitik, der jungen Wirtschaftswissenschaftlern mit besonders hohem internationalen Renommee zuteil wird.

IZA-Direktor in Beratergremium des Weltwirtschaftsforums berufen

Klaus F. Zimmermann ist in das "Global Agenda Council on Migration" des Weltwirtschaftsforums berufen worden. Das hochkarätig mit internationalen Experten auf dem Gebiet von Zuwanderung und Integration besetzte Gremium ist Teil eines

größeren Netzwerks des Weltwirtschaftsforums, das sich den dringendsten Fragen der Menschheit im Zeitalter der Globalisierung widmet. Das Expertennetzwerk nimmt Einfluss auf die Agenda der internationalen Staatengemeinschaft, indem es die aktuel-

len globalen Herausforderungen definiert und priorisiert. Darüber hinaus ist es in beratender Funktion für das Weltwirtschaftsforum wie auch für nationale Regierungen und internationale Organisationen tätig.

Klaus F. Zimmermann geht in dritte Amtszeit als Präsident des DIW Berlin

Das Kuratorium des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) hat IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann als Präsidenten des Instituts bestätigt. Zimmermann geht damit bereits in seine dritte Amtszeit als Chef des DIW, das er seit dem Jahr 2000

leitet. Der DIW-Kuratoriumsvorsitzende Holger Hatje hob anlässlich der Bestätigung Zimmermanns hervor, dass dieser das DIW "entscheidend nach vorne gebracht" habe. Auch der Wissenschaftliche Beirat des DIW attestierte dem Institut zuletzt eine ausge-

zeichnete wissenschaftliche Weiterentwicklung. IZA und DIW Berlin verbindet seit Jahren eine enge partnerschaftliche Beziehung, die für beide Institute sehr ergiebig ist. Das IZA kooperiert zudem eng mit DIW DC in Washington.

IZA-Forschungsdirektor Daniel Hamermesh feiert 65. Geburtstag Zimmermann würdigt herausragenden US-Ökonomen

Am 20. Oktober 2008 feierte IZA-Forschungsdirektor Daniel S. Hamermesh seinen 65. Geburtstag. "Hamermesh zählt zu den bedeutendsten Ökonomen unserer Zeit und hat maßgeblich zur Erfolgsgeschichte des IZA beigetragen. Seit über 10 Jahren arbeitet er mit dem Institut eng zusammen und hat dessen Agenda mitgeprägt. Wir sind ihm außerordentlich dankbar für sein langjähriges Engagement als Koordinator unseres Forschungsschwerpunkts zur Zukunft der Arbeit und sind stolz darauf, dass er seit diesem Jahr seine große Erfahrung als Forschungsdirektor am IZA einbringt. Unser Wissenschaftler-Team profitiert stark von seiner Inspiration, seinem Elan und Esprit. Ohne ihn stünde das IZA nicht dort, wo es heute steht - an der Spitze in Forschung und Politikberatung", würdigte IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann den Jubilar.

Daniel S. Hamermesh ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der University of Texas at Austin. Er studierte zunächst an der University of Chicago und wurde 1969 in Yale promoviert. Anschließend lehrte er in Princeton (1969-1973), Michigan State (1973-1993), sowie als Gastprofessor an verschiedenen Universitäten in den USA, Europa, Australien und Asien. Er wurde zum Fellow der Econometric Society sowie zum Research Associate des National Bureau of Economic Research (NBER) ernannt und amtierte 2001 als Präsident der Society of Labor Economists (SOLE). Neben wichtigen Monographien wie "Labor Demand", "The Economics of Work and Pay" und "Economics is Everywhere" veröffentlichte er eine Vielzahl von Fachbeiträgen in den führenden arbeitsökonomischen Fachzeitschriften. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Studien zu Zeitverwendung, Arbeitsnachfrage und sozialen Sicherungs-



systemen (insbesondere Arbeitslosenversicherung), daneben aber auch einige für Ökonomen ungewöhnliche Themengebiete wie Schlaf oder Schönheit. Dan Hamermesh ist seit Juli 1998 Research Fellow des IZA, leitete von Dezember 2001 bis Juli 2008 als Programmdirektor den IZA-Forschungsbereich "Zukunft der Arbeit" und übernahm im August dieses Jahres die zentrale Rolle des IZA-Forschungsdirektors.

Bewerbungsfrist für die European Summer School in Labor Economics läuft

Seit ihrer Gründung im Jahr 1998 hat sich die IZA European Summer School in Labor Economics als fester Bestandteil der internationalen Nachwuchsförderung in der Arbeitsökonomie etabliert. Unterstützt vom Londoner Centre for Economic Policy Research (CEPR), der European Association of Labour Economists (EALE) und der European Society for Population Economics (ESPE), wird die Veranstaltung vom 27. April bis 3. Mai 2009 bereits zum 12. Mal

im Konferenzzentrum der Deutschen Post in Buch am Ammersee stattfinden.

Auch 2009 wird die Summer School qualifizierten Nachwuchsforschern die Gelegenheit geben, ihre Arbeiten vorzustellen und mit renommierten Wissenschaftlern zu diskutieren. Für die Lehrveranstaltungen konnten mit Gary S. Fields (Cornell University) und Eric V. Edmonds (Darthmouth College) zwei namhafte Dozenten gewonnen werden.

Auf die rund 30 Plätze können sich sowohl Doktoranden europäischer Universitäten bewerben als auch Europäer, die im Ausland ihre Promotion vorbereiten. Online-Bewerbungen werden bis zum 30. Januar 2009 entgegengenommen, die zu präsentierende Arbeit muss bis 22. März 2009 vollständig vorliegen.

http://www.iza.org/link/SUMS

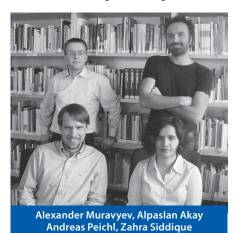
Internationale Verstärkung des IZA-Forscherteams

Im Herbst 2008 konnte das IZA vier hervorragende Nachwuchswissenschaftler unterschiedlicher Nationalitäten in seinem Team begrüßen, die thematisch sämtliche Kernbereiche des IZA von der Evaluation politischer Maßnahmen bis zur Erforschung der Arbeitsmärkte in Entwicklungsländern abdecken.

Alpaslan Akay ist seit September 2008 als Research Associate am IZA beschäftigt. Im März 2008 wurde er an der Universität Göteborg promoviert. Vor und während seines Promotionsstudiums war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Swedish International Development Agency (SIDA) tätig. Zu seinen Forschungsinteressen zählen neben Arbeitsökonomie, Migration und Verhaltensökonomie auch die ökonomische Glücksforschung sowie mikroökonometrische Simulationsmodelle.

Alexander Muravyev studierte Wirtschaftswissenschaften an der Staatlichen Universität St. Petersburg sowie an der Universität Stockholm und wurde im Juli 2007 am European University Institute in Florenz promoviert. Bevor er im Oktober 2008 als Research Associate zum IZA kam, war er in gleicher Funktion am DIW Berlin tätig. Frühere Stationen führten ihn als Wissen-

schaftler unter anderem ans Russisch-Europäische Zentrum für Wirtschaftspolitik in Moskau sowie an die Copenhagen Business School und die finnische Zentralbank. In seiner Forschung beschäftigt er sich ne-



ben arbeitsökonomischen Fragestellungen vorrangig mit Aspekten der Wirtschaft in Transformationsländern und mit ange-

wandter Mikroökonometrie.

Andreas Peichl kam im September 2008 als Research Associate zum IZA. Von Januar 2005 bis August 2008 war er als wis-

senschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Finanzwissenschaft und dem Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut in Köln tätig, wo er im Mai 2008 promoviert wurde. Im Frühjahr 2008 besuchte er als Gastwissenschaftler das Institute for Social and Economic Research (ISER) in Essex, dem er seither als Research Associate verbunden ist. Zu seinen aktuellen Forschungsinteressen zählt neben empirischer Finanzwissenschaft und Arbeitsmarktforschung die angewandte Mikroökonometrie mit Schwerpunkten auf Mikrosimulation und CGE-Modellierung sowie der Analyse von Einkommensverteilungen insbesondere mit Blick auf die Messung von Reichtum.

Zahra Siddique wurde im Juni 2008 an der amerikanischen Northwestern University in Wirtschaftswissenschaften promoviert. Dort erwarb sie zuvor bereits ihren Magisterabschluss, nachdem sie ihr Studium an der Lahore University of Management Sciences in Pakistan abgeschlossen hatte. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Arbeitsund Entwicklungsökonomie, insbesondere die Auswirkungen von Ethnizität, Herkunft und Geschlecht auf den Arbeitsmarkterfolg. Seit August 2008 ist Zahra Siddique als Research Associate am IZA tätig.

IZA-Gastwissenschaftlerprogramm

Intensiver nationaler und internationaler Wissensaustausch ist ein zentraler Bestandteil der Forschungsarbeit des IZA. Das IZA-Gastwissenschaftlerprogramm bietet jährlich über 100 Arbeitsökonomen aus aller Welt die Möglichkeit, die umfangreiche Serviceinfrastruktur des Instituts zu nutzen, gemeinsame Projekte mit IZA-Mitarbeitern voranzutreiben oder Vorträge im Rahmen des IZA-Seminars mit einem Forschungsaufenthalt zu verbinden. Im November und Dezember 2008 hatte das IZA die folgenden Wissenschaftler zu Gast:

Rolf Aaberge (Statistics Norway); Olivier Bargain (University College Dublin); Manoel F. Bittencourt (University of Cape Town); Massimiliano Bratti (University of Milan); Tilman Brück (DIW Berlin); Michael C. Burda (Humboldt University, Berlin); Christian Dustmann (University College London); Oleksiy Gorbachyk (Kiev International Institute of Sociology); Eric D. Gould (Hebrew University, Jerusalem); Bob Gregory (Australian National University); Natalia Nikolaevna Kharchenko (Kiev International Institute of Sociology); Astrid Kunze (NHH, Bergen); Margaret Maurer-Fazio (Bates College); Xin Meng (Australian National University); Øivind Anti Nilsen (NHH, Bergen); Ott Toomet (University); sity of Aarhus); Linda Yuet-Yee Wong (Binghamton University, New York)

Bewerbungsfristen für IZA-Konferenzen und Workshops

28. - 31. Mai 2009

21. - 23. Juni 2009

02. - 03. Oktober 2009

8th IZA/SOLE Transatlantic Meeting of Labor Economists IZA Conference: The Economics of the Minimum Wage 5th IZA Conference on Labor Market Policy Evaluation

Anmeldeschluss 16.01.09 Anmeldeschluss 15.02.09 Anmeldeschluss 15.04.09



>> Meinung

Weiterbildung in Krisenzeiten

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist in Deutschland in eine Rezession übergangen, die alle Potenziale hat, wieder lang anhaltende Furchen in den Arbeitsmarkt zu ziehen. Trotz der erfolgreichen Reformen werden die Risikogruppen wieder besonders erfasst werden. Dauerarbeitslosigkeit wird wieder zunehmen - auch wenn sich dieser Neuaufbau dank der Reformen langsamer vollziehen sollte. In dieser Situation wird nun gefordert, die Reformen zurückzufahren und insbesondere die Transferausgaben anzuheben, da sie besonders konsumintensiv wirken.

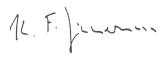
Dies wäre aus vielerlei Sicht falsch. Der Binnenkonsum ist derzeit nicht das größte deutsche Problem. Er könnte aber bald zum Problem werden, wenn nachlassender Reformeifer und das Aussetzen der Programme wieder die Entstehung von Arbeitslosigkeit zulassen. Denn unser Fördersystem lässt kaum Erwerbsanreize für gering Qualifizierte zu. Dagegen gibt es immer noch starke Anreize für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben durch Altersteilzeit und die lange Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer. Noch immer kämpft Deutschland mit hoher Langzeitarbeitslosigkeit und umfangreicher Schwarzarbeit.

Deshalb muss die frühe Aktivierung gerade der Problemgruppen des Arbeitsmarktes verstärkt werden. Dazu gehört proaktives Handeln, also die Intervention vor Eintritt des Schadensfalls, und eine strikte Umsetzung des Prinzips von Leistung und Gegenleistung in der Grundsicherung (Workfare). Ferner gehört die Arbeitsvermittlung für Risikogruppen in eine Hand. Bereits zu Beginn sollte für sie die Institution zuständig sein, die die Betreuung der Langzeitarbeitslosen übernimmt.

Die wichtigsten Problemgruppen sind dabei die Ungelernten, die älteren Arbeitnehmer und die Migranten. Ihre Mobilisierung durch Weiterbildung sollte zum Kern einer nachhaltigen strategischen Arbeitsmarktpolitik werden. Die Bundesagentur für Arbeit sollte deshalb allen Kurzarbeitern und allen Ungelernten bei Kündigung mit einem spezifischen Weiterbildungsprogramm weiterhelfen. Diese Aktivierung muss in der gegenwärtigen Krise sicherstellen, dass die Entstehung von Arbeitslosigkeit zur Ausnahme wird.

Das Bildungsthema ist aber viel breiter und stellt gerade in der Krise eine besondere Herausforderung dar. Wissen und Bildung sind die wichtigsten Ressourcen für Wachstum, Innovationen und Wohlstand. Trotz der Konjunkturschwäche haben wir einen fortdauernden Fachkräftemangel und ständig alternde Belegschaften. Zur Lösung dieser Strukturprobleme können wir nicht früh genug handeln, da sie uns noch lange beschäftigen werden. Im internationalen Vergleich sind aber die Weiterbildungsaktivitäten in Deutschland gering. Eine globale Weiterbildungsinitiative durch Ausgabe von Bildungsgutscheinen an alle Arbeitnehmer über 45 Jahre könnte Teil eines Rezessions-Reaktionspakets werden, das zum Ausgangspunkt für eine grundsätzliche Modernisierung Deutschlands werden kann. Hier muss der Fokus auf der erstklassigen Weiterbildung liegen.

Gegenwärtig hat Deutschland keine Weiterbildungsbranche. Die Bereitstellung von Weiterbildungsgutscheinen auf breiter Front wäre also eine aktivierende Industriepolitik, die langfristig auf den privaten Wettbewerb setzt. So würden bald auch eine Fülle qualifizierter Arbeitsplätze in neu gegründeten Unternehmen entstehen. Teil des Modells könnten auch Public-Private-Partnerships mit Volkshochschulen, Schulen und Universitäten werden, die wie große Firmen ihre Expertise und Gebäude einbringen könnten. Dies wäre der Beginn einer Wissensgesellschaft, an der alle teilhaben können.





Klaus F. Zimmermann



Institut zur Zukunft der Arbeit

Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann Mark Fallak, Holger Hinte Redaktion: IZA, Postfach 7240, 53072 Bonn +49 (0) 228 - 38 94 222 +49 (0) 228 - 38 94 180

compact@iza.org E-Mail: www.iza.org Internet: Grafiken/Fotos:

> Güll GmbH, Lindau Druck:

Layout: